

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HF/2006/002)
Sitzungsdatum:	Montag, 30.01.2006
Sitzungsort:	großer Sitzungssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 137
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 22:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Büter, Felix

CDU

Benölken Franz
Haget Bernhard
Levi Birgit
Mensing Robert
Nünning Manfred
Schmeing Aloys
Schnell Bernhard
Vorkamp Thomas
Weuthen Franz Josef
Witte Josef

SPD

Böing Josef
Herr Andreas Dönnebrink
Lambers Klaus

Vertretung für Frau Mathilde Fischer

UWG

Homann Dieter
Kersting Hubert

WGW

Frankemölle Norbert

Beratendes Mitglied

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele Dietmar

FDP

Horst Reinhard

Verwaltung

Althoff Hans-Georg (Erster Beigeordneter)
Bradtke Markus (Technischer Beigeordneter Dr.-Ing.)
Büscher Hermann (Kämmerei)
Kühlkamp Hermann (Verwaltungsvorstand)
Leuker Werner (Schriftführer)

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 19.01.2005
- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2006 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2005 - 2009

A. Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift über die 1. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 19.01.2005

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19. Januar 2005 werden keine Einwendungen erhoben.

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2006 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2005 - 2009

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme der Haushaltssatzung 2006 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2005 – 2009 in folgender Fassung:

Haushaltssatzung der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2006

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) hat der Rat der Stadt Ahaus mit Beschluss vom _____ folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Ahaus voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	60.482.000 €
in der Ausgabe auf	60.482.000 €
im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	16.322.000 €
in der Ausgabe auf	16.322.000 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2006 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

3.500.000 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

4.982.000 €

festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2006 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

3.000.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	192 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2. Gewerbesteuer	403 v.H.

§ 6

Die Zuständigkeit des Stadtkämmerers für die Genehmigung **von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben** gemäß § 82 Abs. 1 GO in Verbindung mit der Verwaltungsvorschrift wird wie folgt festgelegt:

1. Im Einzelfall bis **15.000 €**
2. bei Ausgaben, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, bis **50.000 €**
3. bei Ausgaben, die sich auf innere Verrechnungen, Verwaltungskostenerstattungen, kalkulatorische Kosten sowie den Jahresabschluss beziehen, in **unbegrenzter Höhe.**

Bei Überschreitung dieser Beträge ist gemäß § 82 Abs. 1 GO die vorherige Zustimmung des Rates erforderlich.

Für die Genehmigung **von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen** gemäß § 84 Abs. 1 GO gilt diese Regelung entsprechend.

Investitions- und Finanzplanung der Stadt Ahaus für die Jahre 2006 - 2009

Aufgrund des § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) hat der Rat der Stadt Ahaus am _____ beschlossen:

1. Die Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden für die genannten Jahre mit folgenden Beträgen festgesetzt:

Investitionsprogramm:	Ausgaben
Haushaltsjahr 2005	11.897.000 €
Haushaltsjahr 2006	11.878.000 €
Haushaltsjahr 2007	18.970.000 €
Haushaltsjahr 2008	14.314.000 €
Haushaltsjahr 2009	10.430.000 €

2. Der Finanzplan wird mit folgenden Gesamtsummen zur Kenntnis genommen:

Finanzplan:	Einnahmen	Ausgaben
Haushaltsjahr 2005	76.637.000 €	76.637.000 €
Haushaltsjahr 2006	76.804.000 €	76.804.000 €
Haushaltsjahr 2007	82.952.000 €	82.952.000 €
Haushaltsjahr 2008	78.979.000 €	78.979.000 €
Haushaltsjahr 2009	75.782.000 €	75.782.000 €

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2006 wurde durch Stadtkämmerer Althoff in der Ratssitzung am 15.12.2005 eingebracht. Die Etatrede mit den dazugehörigen Tabellen und grafischen Darstellungen wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2006 mit den entsprechenden Anlagen liegt seit dem 19.12.2005 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rat öffentlich aus. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Vor Beginn der Einzelberatung trägt Stadtkämmerer Althoff Ansatzveränderungen vor, die allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage mit Erläuterungen zur Verfügung gestellt worden sind. Die veränderten Haushaltsansätze seit der Einbringung des Haushaltsplanes in der Ratssitzung am 15.12.2005 ergeben sich im Verwaltungshaushalt zum einen aus den nach Vorlage der ersten Proberechnung des Landes zu erwartenden höheren Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz und einer gleichzeitig durch Veränderung der Umlagegrundlage höheren Kreisumlage. Im Vermögenshaushalt liegt die Investitionspauschale um 238.000 Euro niedriger als zunächst erwartet. In der Gegenfinanzierung wird vorgeschlagen, einen Teilbetrag in Höhe von 30.000 Euro für die Neubeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges aus dem Haushaltsrest 2005 zu nehmen. Weitere 200.000 Euro werden bei verschiedenen Tiefbaumaßnahmen im Stadtgebiet insbesondere durch Verschiebung in das Jahr 2007 ausgeglichen (bei den entsprechenden Haushaltsstellen sind zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen eingeplant worden).

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erklärt, dass durch die sich deutlich verändernde demografische Entwicklung eine Neuausrichtung der gesamten Stadtentwicklung notwendig sei. Dies beziehe sich sowohl auf die wirtschaftliche Entwicklung mit der Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen und einer Neuausrichtung der Neugründungs- und Ansiedlungsstrategie als auch auf die Schaffung hochwertiger Wohnbauflächenangebote. Bürgermeister Büter erläutert, dass sich innerhalb der Verwaltung bereits seit längerem eine Arbeitsgruppe mit diesem Thema befasse und detaillierte Ergebnisse bis Mitte des Jahres vorlegen werde.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) regt eine Beteiligung der Fraktionen in dieser Arbeitsgruppe an. Nach kurzer Beratung wird auch mit Bereitschaft aller übrigen Fraktionen die Schaffung einer Arbeitsgruppe des Rates zu diesem Thema vorgeschlagen, die nach Vorlage der Ergebnisse der Verwaltung den weiteren Handlungs- und Planungsbedarf beraten soll.

Für die CDU-Fraktion stellt Fraktionsvorsitzender Vorkamp nachfolgenden Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die infolge der demografischen Veränderung eintretenden vielschichtigen Auswirkungen für die Stadt Ahaus zu analysieren. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien zeitnah vorgestellt. Anschließend werden sich alle im Rat vertretenen Fraktionen in einer Arbeitsgruppe mit den daraus abzuleitenden Veränderungen für die politischen Zielsetzungen befassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiges Ergebnis

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert der Erste Beigeordnete Althoff, dass er für die politischen Mandatsträger zur Vorbereitung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) ein Einführungsseminar anbieten wird. Nach den Sommerferien sollen ergänzend 2 Schulungen in Zusammenarbeit mit dem Westfälischen Studieninstitut im Rathaus angeboten werden.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird der Haushaltsplanentwurf 2006 nunmehr seitenweise beraten.

Ergebnis der Beratung:

Bei der Beratung des Gebäudeunterhaltungsbudgets erläutert Technischer Beigeordneter Dr. Bradtke auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Kersting (UWG-Fraktion), dass die Tragfähigkeit aller städtischen Sporthallen, des Hallenbades und der Stadthalle gründlich untersucht worden sei. Neben kleineren baulichen Mängeln gäbe es keine Mängel an tragenden Bauteilen. Nachdem in den letzten Jahren auch in der Bauunterhaltung gespart worden sei, müsse zur Substanzerhaltung in diesem Jahr wieder ein höherer Unterhaltungsaufwand angemeldet werden. Eine entsprechende Empfehlung ist auch im Rahmen der Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt ausgesprochen worden.

A) Verwaltungshaushalt

Haushaltsstelle 00900.66900 –Zuwendungen zu den Geschäftsführungskosten der Fraktionen

Ratsmitglied Kersting (UWG-Fraktion) beantragt, wie auch in den vergangenen Jahren, für die UWG-Fraktion, den Ansatz in Höhe von 13.500 Euro um 10% zu kürzen, um damit auch den Sparwillen der Fraktionen deutlich zu machen. Die übrigen Fraktionen sehen allerdings vor dem Hintergrund umfangreicher Fortbildungs- und Informationsbedarfe, in diesem Jahr zum Beispiel insbesondere im Rahmen der Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF), keine Möglichkeit zur Einsparung.

Bürgermeister Büter lässt nach kurzer Beratung über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Haushaltsstelle 11000.57400 -Kosten zur Durchführung eines Projektes „Sauberkeit und Ordnung in Ahaus“

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Homann (UWG-Fraktion) führt Erster Beigeordneter Althoff aus, dass geplant sei, öffentliche Grundstücke und Anlagen während der Sommerzeit durch geschultes und äußerlich erkennbares Sicherheitspersonal, insbesondere an Wochenenden, kontrollieren zu lassen.

Haushaltsstelle 21500.63900 –Kosten der Schülerbeförderung

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) fragt nach, ob die Erhöhung des Haushaltsansatzes mit einer höheren Anzahl an Fahrschülern zwischen Alstätte und Ahaus in Zusammenhang steht. Verwaltungsvorstand Kühlkamp sagt die Vorlage genauer Zahlen bis zur nächsten Ratssitzung zu.

Haushaltsstelle 33000.11000 –Einnahmen aus Theaterveranstaltungen

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) fragt nach, ob die Verwaltung eine weitere Erhöhung der Theatergebühren in Erwägung ziehe. Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert, dass die Einnahmen zur Zeit die Ausgaben zu deutlich mehr als 50% decken. Damit sei eine weitere Anpassung in Anlehnung an den geforderten Deckungsgrad nicht erforderlich. Auf Anregung des Ausschusses soll ein interkommunaler Gebührenvergleich erstellt und dem Ausschuss für Schule und Kultur zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Im Rahmen der Beratung des Unterabschnittes 33000 (Musikschule) unterstützt der Ausschuss die Bemühungen der Verwaltung, die VHS zum Verzicht konkurrierender musikalischer Angebote zur Musikschule zu bewegen.

Haushaltsstelle 49800.78080 –Übernahme/Ermäßigung von Eintrittsgeldern und Gebühren aufgrund des Familienpasses

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Lambers (SPD-Fraktion) erläutert Verwaltungsvorstand Kühlkamp, dass in der Verwaltung zur Zeit im Rahmen des Bündnisses für Familie ein Konzept zur verbesserten Nutzung des Familienpasses erarbeitet wird und anschließend im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familien und Senioren vorgestellt werden soll.

Sammelnachweis 1

Bei der Beratung der Personalkosten im Sammelnachweis weist Bürgermeister Büter zunächst auf folgende aufbauorganisatorische Veränderungen zum 1. Januar 2006 hin:

- Zusammenlegung des Bürgerbüros und des Standesamtes zum Bürgerservice
- Verlegung der Wohngeldsachbearbeitung in das Sozialamt
- Schaffung eines Amtes für Immobilienwirtschaft

Im Amt für Immobilienwirtschaft soll zunächst für 2 Jahre eine zusätzliche Stelle im Bereich Energiekostenmanagement eingerichtet werden, deren Personalkosten allerdings durch eingesparte Energiekosten kompensiert werden sollen. Darüber hinaus werden weitere Einsparungen im Bereich der Energiekosten erwartet.

Ansonsten gibt es keine weiteren Fragen zu den Personalkosten.

B) Vermögenshaushalt

Haushaltsstelle 06000.93500 –Neubeschaffung von beweglichen Einrichtungsgegenständen

Bürgermeister Büter erläutert, dass die vorhandene mehr als 25 Jahre alte Bestuhlung des Ratssaales und der Sitzungsräume (mit Ausnahme des großen Sitzungsraumes) mittlerweile so starke Verschleißerscheinungen aufweise, dass über einen Austausch nachgedacht werden müsse. Die Kosten für eine Erneuerung des Federkerns und der Stoffbespannung des Altmobiliars würden nach bisherigen Ermittlungen im Vergleich zu einer Neuanschaffung nur zu unbedeutend niedrigeren Kosten führen. Der Bürgermeister sichert den Ratsmitgliedern bei der Auswahl des Mobiliars eine rechtzeitige Beteiligung zu. Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) stellt den Antrag, in 2006 auf eine Neuanschaffung zu verzichten.

Bürgermeister Büter lässt nach kurzer Beratung über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

2	Ja-Stimmen
15	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Bei der Beratung des Unterabschnittes 21500 (Hauptschulen) weist Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) auf die steigende Anzahl von Schülern/innen ohne Schulabschluss hin. Er bittet die Verwaltung, gemeinsam mit den Schulleitungen nach geeigneten Maßnahmen zur Eindämmung dieser Entwicklung zu suchen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur Bericht zu erstatten.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert, dass es zur Zeit an der Franziskussschule intensive Gespräche zur Einführung einer echten Ganztagschule gebe. Zunächst müssen allerdings entsprechende Beschlüsse der Schulgremien abgewartet werden, bevor die weiteren Planungen fortgeführt werden können.

Haushaltsstelle 22000.94070 –Umbau „Schulzentrum Vestert“

Die Teichanlage an der Realschule im Vestert sollte in diesem Jahr entschlammt und verfüllt werden. Im nächsten Jahr sollte auf dieser Fläche ein Parkplatz errichtet werden. Diese Planung wurde mittlerweile teilweise aufgegeben (Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vom 25.01.2006). Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) beantragt daher, die im Investitionsplan für das Jahr 2007 hierfür vorgesehenen Mittel, soweit erforderlich, für die Reparatur/Erneuerung des Radweges zwischen den Stadtteilen Wüllen und Ahaus entlang der B70 einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss.

Der Antrag ist damit angenommen.

Ortsvorsteher Schmeing (CDU-Fraktion) weist in diesem Zusammenhang ebenfalls auf den schlechten Zustand des Fahrradweges und die durch starken Baumwuchs insbesondere in der Vegetationszeit nicht ausreichende Beleuchtung hin. Er bittet darum, dass der Bauhof durch gezielten Baumschnitt für eine Verbesserung der Beleuchtungssituation sorgt.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) bittet die Verwaltung um die Prüfung folgender Punkte:

1. Das Investitionsprogramm sieht für die Herrichtung der Parkfläche hinter der Stadthalle im Jahr 2008 eine Summe von 230.000 Euro vor. Wenn diese Maßnahme parallel zum Ausbau der Fußgängerzone unter Verwendung des alten Pflastermaterials der Fußgängerzone vorgezogen würde, müsste sich eine deutliche Kosteneinsparung ergeben.
Technischer Beigeordneter Dr. Bradtke führt hierzu aus, dass das Aufheben, Reinigen und Wiedereinbauen der alten Pflasterung der Fußgängerzone deutlich höhere Kosten verursacht hätte, als die Beschaffung neuen Pflastermaterials. Im Übrigen konnte mit der Firma Bernsen, die den Auftrag zur Neupflasterung der Fußgängerzone erhalten hat, die Übernahme der Altpflasterung vereinbart werden. Hierdurch konnte eine weitere Kostensenkung erreicht werden.
2. Der Parkplatz auf der linken Seite an der Einfahrt zum Friedhof von der Coesfelder Straße aus weist deutliche Schäden auf, so dass sich bei feuchter Witterung tiefe Wasserpfützen bilden. Auch hier könnte eine Pflasterung unter Verwendung des alten Pflastermaterials der Fußgängerzone eine kostengünstige Lösung ermöglichen.
Bürgermeister Büter erläutert, dass hierzu für die nächste Ratssitzung bereits ein Antrag der FDP-Fraktion vorliegt. Technischer Beigeordneter Dr. Bradtke sagt eine Überprüfung zu. Über die erforderlichen Maßnahmen wird im Rahmen der Behandlung des o.a. Antrages Stellung genommen.
3. Der Radweg an der B70 zwischen den Stadtwerken am Hohen Weg und der Aral-Tankstelle in Ahaus ist in einem desolaten Zustand. Neben der Fahrbahnerneuerung müssen, wie bereits durch Ortsvorsteher Schmeing dargestellt, die durch Baumgeäst in der Ausleuchtung stark eingeschränkten Straßenlaternen dringend freigeschnitten werden.
Hierzu hat der Ausschuss bei den Beratungen zu der Haushaltsstelle 22000.94070

bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst.

4. Für den verkehrssicheren Schulbusverkehr an der Burgschule in Ottenstein ist die Schaffung einer neuen Schulbushaltestelle erforderlich.
Bürgermeister Büter sagt eine Überprüfung der Situation zu.
5. Die Ausbesserung der Straßenoberfläche und der Bankette der Barler Straße ist dringend erforderlich.
Technischer Beigeordneter Dr. Bradtke erläutert, dass die Barler Straße nach der Straßenzustandserfassung in die höchste Schadenklasse aufgenommen wurde. Nach der Frostperiode wird die Verwaltung einen Vorschlag über die im Rahmen der bewilligten Haushaltsmittel möglichen und nach Dringlichkeit erforderlichen Straßenbauarbeiten vorlegen.
6. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr hat am 15. März 2005 den Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 Teil 2 – Brünings Kamp – in der vorliegenden Fassung gebilligt. Der Jugendhilfeausschuss hat am 28. Juni 2005 die Aufgabe eines Standortes zur Errichtung eines Kindergartens sowie eines Standortes zur Errichtung eines Kleinkinderspielfeldes zu Gunsten einer Wohnbebauung gebilligt. Die Verwaltung möge prüfen, ob diese Entscheidung nicht zurückgenommen werden sollte.
Bürgermeister Büter erläutert, dass hierzu für die nächste Ratssitzung eine Beratungsvorlage im Rahmen der Beschlüsse zum Bebauungsplanverfahren erstellt wird.
7. Die Einfahrt vom Vredener Dyk aus in das Gewerbegebiet Wüllen ist sehr schlecht beleuchtet. Die Abbiegespur ist darüber hinaus unübersichtlich und sehr kurz. Die Verwaltung möge prüfen, welche verkehrsverbessernden Maßnahmen erforderlich sind und umgesetzt werden können.
Technischer Beigeordneter Dr. Bradtke sagt eine Überprüfung zu.

C) Stellenplan

Bürgermeister Büter teilt mit, dass im Stellenplan auf den Seiten 209 und 211 innerhalb der Tabellen Berichtigungen gegenüber dem vorgelegten Entwurf erforderlich sind, die jedoch in der dargestellten Gesamtstellenzahl keine Auswirkung haben.

D) Investitionsprogramm

Fraktionsvorsitzender Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung um Prüfung, ob in der Innenstadt eine Fahrradstraße im Bereich Schloßstraße – Wallstraße realisiert werden kann. Technischer Beigeordneter Dr. Bradtke hält es für sinnvoll, diese Frage im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes Innenstadt zu untersuchen und im Fachausschuss anschließend vorzustellen.

Nach Abschluss der Einzelberatung bedankt sich Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) bei den Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes Althoff, Dr. Bradtke und Kühnkamp für die Teilnahme an der Klausurtagung, wodurch bereits im Vorfeld viele Fragen zum Haushalt geklärt werden konnten. Diesem Dank schließt sich auch Fraktionsvorsitzender Vorkamp von der CDU-Fraktion an.

Bürgermeister Büter lässt zum Abschluss der Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung 2006 und der zugehörigen Anlagen sowie über das Investitionsprogramm 2005 – 2009 unter Berücksichtigung der gegenüber dem Haushaltsplanentwurf in der Sitzung vorgelegten Veränderungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen
6 Enthaltungen

gez. Felix Büter
(Bürgermeister)

gez. Werner Leuker
(Schriftführer)